

## Haushalt 2025

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Frau Schmidt, sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen

Zunächst einmal bedanken wir uns bei Frau Schmidt und ihrem Team für die gute Arbeit in diesen herausfordernden Zeiten.

Willkommen an Karin Brenner, ich hoffe, dass sie gut aufgenommen wird im Gremium. Wir bedauern den Weggang von Günther Brendle-Behnisch, aber es wäre nicht möglich gewesen bei seinem Arbeitspensum. Wir haben eine gute Nachrückerin und sind die einzige Fraktion, die zur Hälfte aus Frauen bestehen.

Wir befinden uns in einer angespannten Lage mit weiter deutlich steigenden Ausgaben. Völlig überraschend ist jetzt das gesunkene Defizit bei ANregiomed – kurz vor der Entscheidung über den Kreishaushalt und kurz vor wichtigen Entscheidungen im Verwaltungsrat. Es ist nicht anzunehmen, dass diese Entwicklung anhält – das geben die Zahlen nicht her - aber für diesen Haushalt schafft es erst einmal Entlastung.

Es ist aber deutlich geworden, wie stark sich einige Millionen Defizitausgleich mehr oder weniger auf den Haushalt auswirken. Der Hebesatz für die Kreisumlage steigt weniger an als zunächst eingeplant und auch aus der Rücklage muss weniger entnommen werden. Es gibt Bürgerinnen und Bürger und auch Bürgermeister, die sind der Meinung, der Haushalt des Landkreises kann auf Dauer 10 Mio. mehr Defizit bei ANregiomed verkraften, aber der Defizitausgleich belastet ausschließlich die Ausgabenseite und sorgt so für ein kräftiges Minus im Verwaltungshaushalt.

Die Kommunen können wegen der Kreisumlage erst einmal aufatmen. Statt einer Hebesatzanhebung um 3,03 Punkte, muss der Hebesatz jetzt nur um 1,87 Punkte angehoben werden. Da die finanzielle Lage bei den Kommunen teilweise auch sehr angespannt ist, haben wir Verständnis, dass hier Erleichterung herrscht. Allerdings ist die Entnahme aus der Rücklage nach wie vor sehr hoch. Statt 12 Mio. werden 10 Mio. entnommen und die Rücklage dadurch deutlich abgebaut. Wir hätten gerne den Hebesatz für die Kreisumlage mehr angehoben und weniger aus der Rücklage entnommen, um für die nächsten Jahre mehr finanzielles Polster zu haben. Es ist nicht abzusehen, dass sich die Ausgabensituation in den nächsten Jahren verbessern wird, ganz im Gegenteil. Die sozialen Ausgaben, die Ausgaben für den ÖPNV und auch ANregiomed werden weiter den Haushalt belasten. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass Bund und Land die Kommunen in den nächsten Jahren finanziell besser ausstatten werden, auch wenn das dringend notwendig und wünschenswert wäre.

Wir haben in den guten Jahren zwischen 2015 und 2020 nicht gut vorgesorgt. In dieser Zeit wurde die Kreisumlage zwei Mal gesenkt. Rückblickend hätte man hier umsichtiger sein und für die schlechten Jahre Vorsorge treffen müssen. Wir werden in den nächsten Jahren um eine weitere Anhebung des Hebesatzes nicht herumkommen.

Aber nicht nur der Kreis hat in den guten Jahren nicht vorgesorgt, beim Bezirk sieht es ähnlich auch. Auch hier war die Erhöhung der Umlage unumgänglich und das belastet unseren Haushalt zusätzlich.

Die Verwaltung hat aus unserer Sicht alles getan, um Kosten zu reduzieren, so ist auch im Kleinen gespart worden. Es ist bedauerlich, dass z.B. kein Tag der offenen Tür stattfindet.

Vorschläge zur Reduzierung der Ausgaben wurden aus den Reihen der Fraktionen – auch von uns - nicht eingebracht. Wir können nur an den freiwilligen Leistungen sparen. Hier erscheint uns alles wichtig und macht auch unseren Landkreis aus, wenn ich an die Theater im Landkreis denke oder an die vielen Vereine, die gute Jugendarbeit leisten.

Die Ausgabensteigerung liegt viel an unseren Pflichtaufgaben, denen wir uns nicht entziehen können.

Im Einzelplan 4 Soziale Angelegenheiten haben wir einen ungedeckten Bedarf von 1,7 Mio. Die Mehrung liegt vor allem im Bereich der Jugendhilfe.

Der Landkreis hat darauf keinen Einfluss, aber wir bräuchten mehr zusätzliche Kräfte an den Schulen, um jungen Menschen frühzeitig Hilfe anzubieten und auch Probleme rechtzeitig zu erkennen. Eigentlich fängt es auch schon im Kindergarten, in der Kinderkrippe an. Auch hier bräuchten wir einen besseren Personalschlüssel, schon um die ganzen Ausfallzeiten abzudecken. Die Anforderungen an die Familien steigen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zunehmende Handynutzung, die sozialen Medien. Das kann zur Überforderung der Familien führen und das wirkt sich auf die ganze Gesellschaft aus.

Wir begrüßen das Förderprogramm Chance natur, auch wenn es mit Mehrausgaben für den Landkreis verbunden ist, vor allem weil der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen bedauerlicherweise das Projekt nicht mitträgt. Dabei wäre es auch für die Wasserqualität am Altmühlsee und Brombachsee von Vorteil gewesen. Für das mittelfränkische Altmühltal ist eine Chance, für die dort lebenden Wiesenbrüter und insgesamt für die Artenvielfalt der Wiesen. Herr Herold und sein Team leisten hier gute Arbeit und das Geld ist hierfür gut angelegt.

Sinnvoll und notwendig ist auch die Weiterbeschäftigung der Klimaschutzmanagerin, um das integrierte Klimaschutzkonzept mit seinen Maßnahmen weiter umsetzen zu können. Klimaschutzmaßnahmen werden an Bedeutung gewinnen und der Landkreis muss als gutes Beispiel vorangehen.

Ebenso ist es sinnvoll weiterhin das Regionalmanagement zu unterstützen, das für viele Bereiche von Bildung, Leerstände mit Leben füllen, Klimaschutz bis zu Tourismus zuständig ist. Unter anderem gibt es auch den Tisch der Direktvermarkter, um heimische Produkte an die Verbraucher zu bringen und die regionalen Produzenten zu unterstützen.

Wir würden uns in diesem Zusammenhang wünschen, dass die regionalen Produkte vermehrt in den Gemeinschaftsverpflegungen des Landkreises ankommen. Wichtig wäre es vor allem eine Steigerung des Anteils an regionalen Bioprodukten zu erreichen. Die Nachfrage nach Bioprodukten steigt allgemein, die Anbaufläche allerdings kaum, zumindest ist das im Landkreis Ansbach so. Vielleicht haben wir also mittlerweile zu wenige Produzenten und zu wenig bzw. keine verarbeitenden Betriebe und müssen hier eine Initiative starten und mehr Anreize setzen.

Der Landkreis befasst sich seit einigen Jahren mehr oder weniger mit einer Umstrukturierung der Wertstoffhöfe. Wir begrüßen es, dass der Arbeitskreis hierfür neu belebt wird, allerdings hätten wir uns gewünscht, dass dort alle Fraktionen ihre Ideen miteinbringen und mitwirken könnten. Eine Reduzierung und Zusammenlegen von Wertstoffhöfen, wie z.T. schon in anderen Landkreisen erfolgt halten wir für sinnvoll. Dadurch ist eine bessere und saubere Trennung möglich, es kann eine Kombination mit einem Gebrauchtwarenhof einem Gebrauchtwarenladen, einer Reparaturwerkstatt entstehen und so kann deutlich mehr „Abfall“ wiederverwertet werden.

Wir begrüßen sehr, dass der Landkreis Fair-Trade rezertifiziert wurde. Der Kauf von Fair-Trade Produkten sichert das Einkommen der Menschen in den ärmeren Ländern, die dann nicht als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge zu uns kommen müssen.

Im ÖPNV haben wir deutlich steigende Kosten durch mehr gemeinwirtschaftlichen Verkehr zu verzeichnen. Im letzten Jahr sind weitere Linien als eigenwirtschaftliche weggefallen und es mussten kurzfristig Notvergaben erfolgen. Wir müssen hier auch sehen, dass man bei der Notvergabe nicht nur auf die Finanzen schauen kann, sondern dass es darum geht, Schülerinnen und Schüler zu ihren Schulen oder auch Arbeitnehmer zur Arbeit zu bringen. Es bleibt zu hoffen, dass nicht gleich weitere Linienbündel gemeinwirtschaftlich werden, aber die Tendenz ist da und wir werden mit weiter steigenden Ausgaben zu kämpfen haben.

Deshalb müssen wir uns auch überlegen, was wir in diesem Bereich ändern und wirtschaftlich verbessern zu können. Insofern begrüße ich den Antrag der SPD auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe. Diese sollte allerdings bald eingerichtet werden. Wir haben das Problem, dass wir einen Flächenlandkreis mit dem ÖPNV bedienen müssen und wir hier nicht überall gut aufgestellt sind. Eine Reduzierung des Angebots erscheint kaum möglich. Man muss auch bei Veränderungen aufpassen, dass wir nicht in einen Teufelskreislauf geraten, das Angebot verschlechtern und dadurch weniger Einnahmen haben. Es muss um mehr Effizienz, um andere Bedienformen gehen. Es wird sicher weiter in Richtung mehr Bedarfsverkehre gehen: es wäre auch zu prüfen ob schon lange bestehende Bahnhalte besser angebunden werden können und dadurch insgesamt Fahrten eingespart werden und wir mehr auf die Schiene bringen könnten. In diesem Zusammenhang begrüßen wir sehr die Schienenreaktivierung der Hesselbergbahn. Bund und Land müssten die Kommunen beim ÖPNV mehr unterstützen, damit die Bevölkerung auf dem Land nicht abgehängt wird. Für den Ausbau der Autobahnen ist auch Geld vorhanden, wie wir im Landkreis mit dem Ausbau der A6 hautnah erleben können. Der Individualverkehr und der Güterverkehr auf der Straße hat leider immer noch Vorrang.

Investitionen zum Erhalt unsere Kreisstraßen, zum Radwegeausbau, Investitionen in unsere Schulen und vor allem Klimaschutzmaßnahmen halten wir für notwendig und sinnvoll, auch wenn wir dazu Schulden aufnehmen müssen. Verschieben wir Investitionen überlassen wir die Probleme der nachfolgenden Generation und haben dadurch nichts gewonnen.

Und nun zu ANregiomed.

Wie schon eingangs erwähnt fällt das Defizit bei ANregiomed kurzfristig deutlich geringer aus als im Haushalt eingeplant. Das ist tatsächlich verwunderlich und sollte uns transparent erklärt werden. Auch Ebner, Stolz und Partner kommen zu dem Ergebnis, dass man sich

dauerhaft auf ein Defizit von ca. 28 bis 30 Mio. einstellen muss, wenn es bei ANregiomed zu keinen Veränderungen kommt.

Schon seit längerem findet ein Entscheidungsprozess statt, aber Veränderungen durchzuführen gestalten sich schwierig.

Die Dinkelsbühler und Rothenburger wollen ihre Standorte in der bisherigen Form erhalten. Das ist nicht ganz nachzuvollziehen, da beide Häuser auch jetzt schon keine vollwertigen Häuser sind, es fehlt z.B. die Geburtshilfe oder die Neurochirurgie. Es gibt keine Stroke Unit in Rothenburg und keine Herzinfarktversorgung in Dinkelsbühl.

Die Aufregung ist aber insofern nachvollziehbar, weil den beiden Städten in den letzten Jahren immer wieder versprochen wurde, dass die Standorte erhalten bleiben - man wollte diese sogar durch weitere Spezialisierungen stärken. Zu diesem Zeitpunkt war schon abzusehen, dass dies nicht wirtschaftlich sein wird und die Krankenhausreform mit seinen Anforderungen stand auch schon vor der Tür. Diese hätte ja schon Jens Spahn umsetzen sollen.

Die Verantwortlichen in Stadt und Landkreis Ansbach haben viel zu lange notwendige Entscheidungen hinausgezögert und tun es immer noch.

In dem Prozess der letzten eineinhalb Jahre mit Gutachten, Workshops und wieder Gutachten wurde eine Betrachtung nicht miteinbezogen, nämlich der Bau eines neuen, modernen Zentralklinikums in der Landkreismitte, um für alle Kreisbürger, nicht zuletzt der Dinkelsbühler und Rothenburger, eine gut erreichbare und umfassende Versorgung auf Dauer zu gewährleisten. Dabei wird es auf eine Zentralisierung der Leistungen hinauslaufen, denn eine qualitativ hochwertige und vollständige Versorgung ist in einer zersplitterten Krankenhauslandschaft nicht möglich. Diese Erkenntnis ist bei vielen angekommen und wird auch durch die Krankenhausreform vorangetrieben. Allerdings wird für die Verantwortlichen in Stadt und Landkreis als Schwerpunkt Krankenhaus das Klinikum am Strüther Berg in Ansbach gesehen. Dieses Haus liegt aber für Teile des Landkreises sehr ungünstig. Wird das stationäre Angebot in Dinkelsbühl und Rothenburg heruntergefahren, werden wir auf Häuser außerhalb des Landkreises, ja außerhalb Bayerns angewiesen sein. Die Zukunft dieser Häuser haben wir nicht in der Hand.

Die Inanspruchnahme von auswertigen Kliniken bedeutet für unser verbleibendes Ansbacher Klinikum ein Verlust an Fallzahlen und es ist zu erwarten, dass auch in Ansbach Leistungsgruppen wegfallen. Eine dauerhafte Lösung sehen wir in dem zu erwartenden Szenario 5 von Ebner, Stolz und Partner nicht.

Viele Kreisräte sind mittlerweile der Meinung, dass ein Zentralklinikum grundsätzlich gut wäre, aber dass der Zug dafür abgefahren ist, vor allem wegen der bereits verbauten Fördergelder.

Sicher wäre es besser gewesen, man hätte sich schon vor Jahren für den Bau eines Zentralklinikums entschieden – Anträge und Initiativen dazu gab es von unserer Seite - aber gerade jetzt besteht die Chance klären zu lassen, ob ein zentrales Haus für den Landkreis sinnvoll ist und welche Fördermöglichkeiten angesichts der veränderten Rahmenbedingungen hierfür bestehen.

Denn im Zuge der aktuellen Krankenhausreform hat die Bayerische Staatsregierung in ihrem 7-Punkte-Plan „weitreichende Möglichkeiten des Rückforderungsverzichtes von Fördermitteln bei Nutzungsänderung“ in Aussicht gestellt.

Inwieweit dieser Rückforderungsverzicht einen Klinikneubau ermöglicht, ist derzeit nicht abzusehen.

Da man aber nichts unversucht lassen sollte für eine hochwertige und umfassende Krankenhausversorgung in unserem Landkreis, sprechen wir als ÖDP-Kreistagsfraktion uns dafür aus, zügig Kontakte mit der Bayerischen Staatsregierung aufzunehmen; und zwar auf höchster politischer Ebene mit dem Gesundheitsministerium und der Staatskanzlei. Dazu haben wir einen Antrag eingereicht. Erst wenn geklärt ist, ob es Fördermöglichkeiten gibt, können wir uns näher mit einem zentralen Klinikum befassen.

Auch dieses Mal haben wir länger überlegt, ob wir den Haushalt annehmen oder ablehnen sollen. Wenn wir ihn ablehnen, liegt es nicht an der guten Arbeit der Kämmerin und ihrem Team.

Wir stimmen mit allen Einzelplänen im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt überein – außer dem Einzelplan 5, der im Verwaltungshaushalt den Defizitausgleich für ANregiomed enthält und im Vermögenshaushalt ab 2026 auch wieder Ansätze für den Weiterbau des Klinikums Ansbach enthalten sind. Das halten wir für eine Fehlinvestition. Ein wirklich zukunfts- und überlebensfähiges Konzept für ANregiomed sehen wir nach wie vor nicht, aber weiterhin hohe Ausgaben für den Defizitausgleich. Zudem werden Entscheidungen weiterhin hinausgezögert. Da es keine Einzelabstimmung über die Einzelpläne gibt lehnen wir den Haushalt insgesamt ab.